



Billerbeck. Wie läuft es eigentlich im Jobcenter? Was braucht es, um für alle Beteiligten die Bedingungen zu verbessern? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt des Gesprächs vor Ort zudem Dr. Anne Monika Spallek, sich mit der Fachabteilung und Bürgermeisterin Marion Dirks traf.

„Präsenz im sozialen Bereich bleibt nach wie vor wichtig“, betonte Fachbereichsleiter Martin Struffert. „Das hat die Coronazeit einmal mehr bewiesen.“ Als äußerst problematisch wurde der Mangel an Deutschkursen benannt, denn gute Sprachkenntnisse sind die Grundlage für eine erfolgreiche Berufslaufbahn. „Das sollte einerseits verpflichtend sein, andererseits müssten auch genügend Möglichkeiten dafür angeboten werden“, ließ Ludger Bever, stellvertretende Fachbereichsleitung, durchblicken. Bemängelt wurden zudem die Strukturen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). „Da wünschten wir uns mehr Vertrauen in die Stadtverwaltung. Ich habe einen Amtseid abgelegt und wenn ich versichere, dass ein Schulraum zu diesen Unterrichtszwecken genutzt werden, muss doch nicht noch jemand vom BAMF rauskommen, um das Gleiche festzustellen. Das verursacht nur zusätzliche Kosten und bringt alle in Zeitverzug“, machte Marion Dirks deutlich.

Kritisch betrachtet wurde seitens der Verwaltung die Kürzung des Bürgergeldes um „nur“ noch 30 Prozent als Sanktionsmaßnahme. „Wir versuchen mit allen Möglichkeiten, die Menschen zu motivieren und sie in Arbeit zu bringen“, so Struffert und Marion Dirks ergänzte: „Bei einer Leistungsminderung in dieser Form nutzen einige die Möglichkeit, die Differenz durch einen Nebenjob auszugleichen, um sich weiterhin nicht dem normalen Weg über Sprache lernen und Berufsausbildung stellen zu müssen.“

413 Geflüchtete sind 2023 nach Billerbeck gekommen, davon waren 167 Ukrainer und 146 Syrer mit einem subsidiären Aufenthalt. Zwar sei das Jobcenter personell aufgestockt worden, der „Verwaltungskostentitel vom Land wurde allerdings nicht erhöht“, betonte Marion Dirks.

Klarere Regeln seien in allem wünschenswert. Weniger Bürokratie, mehr Handlungsfähigkeit. Klarere Kommunikation darüber, was Geflüchtete in Deutschland erwarten. Mehr Geld für Wohnungen, Sprachkurse und mehr Personal, auch in der Ausländerbehörde des Kreises. Und nicht zuletzt eine Abschiebeprozess, der auch wirklich funktioniert.